



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/16 - 19.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Grundgesetz und Wehrverfassung	S. 1
Bericht aus Österreich	S. 3
Herr von Brentano wußte es nicht	S. 4
Nachrichten aus der Ostzone	S. 5

Carlo Schmid zur Frage der Wehrverfassung

(sp) In der Diskussion über die Frage, ob der gegenwärtige Bundestag, der unter ganz anderen Voraussetzungen gewählt worden ist, ein Wehrgesetz ohne vorherige Verfassungsänderung beschließen könne, hat sich der Pressedienst der CDU auf eine Äußerung von Prof. Carlo Schmid berufen. Bei der Beratung des Grundgesetzes in der zweiten Sitzung des Parlamentarischen Rates am 8. September 1948 hatte Carlo Schmid u. a. ausgeführt, man sollte eine Bestimmung vorsehen, die es erlaube, im Wege der Gesetzgebung Hoheitsbefugnisse auf internationale Organisationen zu übertragen. Er für seinen Teil begrüßte es, daß das Zeitalter der nationalen Wehrmachten zu Ende zu gehen und daß die Wehrhoheit mehr und mehr auf übernationale Instanzen überzugehen scheint. Durch eine Bestimmung im Grundgesetz sollte es möglich sein "auf einfache Weise einem solchen System kollektiver Sicherheit auf der Grundlage der Gerechtigkeit beizutreten".

Der DUD folgert aus diesen Sätzen, daß der Bundestag in seiner heutigen Gestalt auch zur Beschlußfassung über ein Wehrgesetz zuständig sei, eine Auffassung, die "Bundesregierung und Koalition vertreten".

Dazu stellt Prof. Carlo Schmid fest:

Der Beitritt zu einem System kollektiver Sicherheit braucht nicht mit einer bewaffneten Macht zu geschehen und der Beitrag

zur kollektiven Sicherheit setzt nicht unbedingt eine militärische Leistung durch Gestellung von Truppen voraus. Zur Völkerbundszeit waren - und unter dem Regime der UNO hat sich das nicht wesentlich geändert - wirtschaftliche Sanktionen das wesentliche Mittel, um einer Aggression zu begegnen (z.B. Abessinienkonflikt). Ein Staat kann also durch Einsatz oder durch Verweigerung seines wirtschaftlichen Potentials einen außerordentlich wirksamen Beitrag zur kollektiven Sicherheit leisten. Daher ist es völlig unzulässig, aus einer Bejahung des Beitritts Deutschlands zu einem System der kollektiven Sicherheit schließen zu wollen, daß seine Befürworter eine bewaffnete Macht für dieses Deutschland gewollt hätten.

Außerdem kann niemand etwas einbringen, was er nicht hat. Das Grundgesetz geht davon aus, daß die Kompetenz der Kompetenzen nicht beim Bund liegt. So haben es die Sozialdemokraten nicht gewollt, aber die Parteien der jetzigen Regierungsmehrheit haben gewollt, daß der Bund nur die Rechte und Einrichtungen haben soll, die das Grundgesetz ihm ausdrücklich gibt. Auf allen anderen Gebieten bleibt die Külle der Staatsgewalt bei den Ländern. Wenn man der Meinung ist, daß Wehrhoheit ein elementarer Ausfluß der Staatssubstanz ist, muß man paradoxerweise davon ausgehen, daß nur die deutschen Länder Wehrgesetze erlassen könnten, was ein offenkundiger Nonsens ist. Soll in Deutschland eine Wehrverfassung geschaffen werden, so muß dem Bund das Recht dazu durch das Grundgesetz gegeben werden. In seinem jetzigen Zustand tut das Grundgesetz das nicht, es müßte also mit einem Zusatz versehen werden.

Der Beitritt zu einem System kollektiver Sicherheit ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Durch einen solchen Vertrag kann ein Staat seine Verfassung aber weder ändern, noch ergänzen, noch Kompetenzverteilungen vornehmen. Die gegensätzliche Auffassung würde bedeuten, daß ein Staat dadurch mit einfacher Mehrheit seine Verfassung ändern kann, daß er diese Verfassungsänderung zum Inhalt eines völkerrechtlichen Vertrages macht, der von Parlament mit einfacher Mehrheit genehmigt werden könnte. Dadurch würden sämtliche rechtlichen Bestimmungen, die die Änderung einer Verfassung an eine qualifizierte Mehrheit knüpfen, gegenstandslos.

Sowjetische Schikanen in Österreich

F.-Wien, Mitte Jan. 1952

Die Hoffnung vieler Österreicher, die Sowjetrussen würden sich endlich auf ihre Besetzeraufgaben beschränken, hat sich als tödigerisch erwiesen. Mehr denn je verstärken sie ihre Tätigkeit auf allen Gebieten, die nach Recht und Gesetz dem Zugriff nichtösterreichischer Kräfte versagt sind: Schule, Justiz, Staats- und Gemeindeverwaltung, Wirtschaft. Dabei ist ein Generalkonzept nicht ersichtlich. Jede Kommandantura handelt und schikaniert nach eigenem Erlesen. Hat ein sowjetischer Offizier eine Anordnung getroffen, so erwartet er offenbar zunächst, daß der zuständige österreichische Beamte intervenieren kommt. Nicht selten widerruft er seinen Befehl. Tags darauf erteilt ein anderer Kommandant einen ähnlichen Auftrag.

So wandern Gerichtsakten zu den russischen Dienststellen, so studieren Besetzer die Lebensläufe der österreichischen Beamten, so werden die Lehrer beeinflusst und die Schüler zu Filmvorführungen "eingeladen", so verlangen einzelne Offiziere die Durchführung von Befehlen in Betrieben, wie etwa jener Oberst Babuschkin, der 1900 Jagdgewehrläufe bei Schoeller-Bleckmann vernichten ließ. Wahrscheinlich war er der Meinung, er diene seinem Chef in Österreich am besten, denn dieser behauptet bei jeder Gelegenheit, das Land sei eine "amerikanische Kriegsverbrecherkolonie" und "ein nazistisches Heerlager". In der letzten Sitzung des Alliierten Rates verstieg sich Babuschkin zu der phantastischen Behauptung, in einer Schulbibliothek seien 90 nazistische Bücher, darunter solche von Goebbels und Rosenberg gefunden worden. Nun ist bekannt, daß gerade die Bibliotheken schon 1945 gründlich gesäubert wurden, so gründlich, daß oft auch wertvolle Literatur zugrunde ging.

In der Wirtschaft verstehen die Sowjetrussen keinen Spaß. Ihre Unternehmungen, die sie dem Vertrag von Potsdam verdanken, bauen sie mit beängstigender Energie aus. Die USIA-Geschäfte, den HO-Läden Ostdeutschlands vergleichbar, liefern Waren zu billigen Preisen und saugen so das Bargeld des kleinen Mannes an sich. In den ehemals deutschen Großunternehmen gibt es keinen Geldüberweisungsverkehr: Jeder Einkäufer muß bei der Übernahme der Ware unverzüglich in bar

bezahlen. Es kommt nicht selten vor, daß der Käufer mit einem Koffer voller Bargeld den Verkaufsraum betritt. Steuern werden von der östlichen Besetzungsmacht grundsätzlich nicht gezahlt. Nach Schätzungen von Fachleuten schuldet sie dem österreichischen Staate nicht weniger als 500 Millionen Schilling (an 100 Millionen DM), dem Branntweinmonopol 130 Millionen, der Bundesbahn für Frachtkosten 104 Millionen. Auch die Lohnsummensteuern, die an die Gemeinden entrichtet werden, ist der russische Großunternehmer bisher schuldig geblieben. Man rechnet mit einem Gesamtschaden von über einer Milliarde Schilling.

Wirtschaft und Politik der Sowjets arbeiten zusammen, um Österreich zu unterhöheln. Die Methoden weisen eine überraschende Vielseitigkeit auf, so daß das Ziel schwer erkennbar ist. Im gegenwärtigen Zeitpunkt, da Österreich wieder auf die Staatsvertrags-Verhandlungen hofft, arbeitet die Propaganda der Russen besonders intensiv. Deshalb auch die zahlreichen Beschlagnahmen österreichischer Zeitungen. Österreich soll eben nicht wert befunden werden, seine Freiheit zu erhalten.

+ + +

Der Beweis ist da

(sp) In der dritten Lesung des Schuman-Plans beklagte es der Vorsitzende der CDU / CSU - Fraktion, Bundestagsabgeordneter von Brentano, daß der Zusammenhang von Schuman-Plan und den Gefahren für die deutsche Einheit erst in den letzten Wochen von der Sozialdemokratischen Partei aufgedeckt worden sei. Durch Zwischenrufe wurde er aufmerksam gemacht, daß das nicht stimme. Herr von Brentano verlangte Beweise. Er hätte sich nur die Mühe geben müssen, die Rede zu lesen, die Dr. Schumacher am 24. Mai 1951 auf der Tagung der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD in Gelsenkirchen gehalten hat. Dort heißt es u.a.:

"Die wirtschaftliche Integration Westeuropas können wir nur in einer Weise betreiben, durch die das ganze Deutschland einmal in eine westeuropäische Zusammenarbeit einbezogen werden kann. Wenn heute das ganze Deutschland im Schuman-Plan zur Debatte stünde, würde man sich nicht so intensiv bemühen, dieses ganze Deutschland in das Vertragwerk einzubeziehen,

Demn das wäre dann ein Brocken, der mit den Kräften der sechs klerikal-kapitalistischen Länder nicht zu bewältigen wäre. Es ist kein Schritt zur europäischen Integration, wenn man uns den Weg zur deutschen Einheit im Rahmen der europäischen Integration versperrt. Das aber ist das Ergebnis des heutigen Planes für die deutsche Einheit. Da kamen die Unterhändler aus Paris zurück, aber mit keinem Wort wurde etwas gesagt über die deutsche Einheit, mit keinem Wort über Berlin und mit keinem Wort über eine Leistung für die Saar. Darüber durfte nicht geschwiegen werden, wenn der Geist ehrlicher Gemeinsamkeit die Verhandlungen getragen hätte. Wenn im besonderen die Bundesregierung in diesen Fragen ihre Stimme nicht erheben hat, dann ist das gegenüber dem deutschen Volke nicht zu entschuldigen".

Die Opposition nimmt eben ihre Aufgaben ernster. Wir raten Herrn von Brentano, die Stellungnahmen der Opposition zu Grundsatzenfragen unseres Volkes für die Zukunft genauer zu verfolgen. Das wird ihm dann den Vorwurf der Unkenntnis und so manche Entgleisung ersparen ...

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone

Das Ostbüro teilt mit:

(sp) Nach einer Mitteilung des Sowjetzoneninnenministeriums darf die Beantwortung jedes Schriftverkehrs auf Anfragen, die aus dem Ausland an Behörden der Sowjetzone gerichtet werden, nur über das Auswärtige Amt der Sowjetzonenregierung erfolgen. Jeder direkte schriftliche Verkehr auch in Form von Abgabennachrichten mit dem "kapitalistischen Ausland" hat zu unterbleiben.

x

Seit dem 1. Januar 1952 haben die DHZ (Deutschen Handelszentralen), die volkseigenen Großhandelsgesellschaften, den Einkauf für die HO-Organisationen übernommen. Die selbständigen HO-Großhandelslager werden aufgelöst. Als Grund dieser Maßnahme wird die noch stärkere Einbeziehung der HO in die Planung der Sowjetzonenwirtschaft angenommen. Die Bevölkerung befürchtet, daß diese Maßnahme eine Einstellung auf die noch für Jahre hinaus bestehende Mangelwirtschaft bedeutet.

x

In einer SED-Richtertbesprechung in Ostberlin wurde als "Arbeitsrichtlinie" erklärt, die SED müsse dafür sorgen, daß als Kandidaten für die bevorstehende Wahl der Schöffen und Geschworenen nur solche Personen vorgeschlagen werden dürften, die den Erfordernissen der "fortschrittlichen Ordnung" in der Sowjetzone positiv gegenüberstehen.

x

Die VEB / ABUS Kranbau in Boerswalde mußte jetzt nahezu 20000 RM Konventionalstrafe bezahlen, weil sie den "Freundschaftsauftrag", einen Reparationsauftrag für 16 Portalkräne, nicht termingemäß liefern konnte.

Verantwortlich: Peter Raunau